

ÄA L1.3: Änderungsantrag, Landesparteitag 17./18. März 2018

Einreichende: Matthias Loehr, LAG LINKE Unternehmer*innen

Änderungsantrag zum Leitantrag L1 „Sozial, gerecht und demokratisch: Für ein zukunftsfestes Brandenburg!“

Nach Zeile 89, Absatz einfügen:

Ergänze nach „... haben wir soziale Kriterien eingeführt.“:

„Zahlreiche selbständige Handwerker*innen, Gewerbetreibende und Freiberufler*innen leisten unter schwierigen Bedingungen einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftsaufkommen und schaffen zahlreiche Arbeits- und Ausbildungsplätze sowohl im Land Brandenburg als auch in Deutschland. Auch wenn die sogenannten ‚Notgründungen‘ aus der Arbeitslosigkeit heraus inzwischen stark rückläufig sind, stellt der Schritt in die Selbstständigkeit nach wie vor eine besondere Herausforderung dar. Für den Aufbau einer selbständigen Existenz sind umfassende Informationen, sorgfältige Planung und fachkundige Beratung existentiell. Mit der im März 2017 von der Landesregierung verabschiedeten Gründungs- und Unternehmensnachfolgestrategie sollen die Brandenburgerinnen und Brandenburger für das Unternehmertum als Berufsalternative sensibilisiert werden.

Gründungen und vor allem Unternehmensnachfolgen sollen weiterhin begleitet und gefördert werden. Mit der Meistergründungsprämie werden in Brandenburg Handwerksmeisterinnen und -meister, die ein eigenes Unternehmen gründen oder eine bestehende Firma übernehmen, finanziell unterstützt. Die Prämie soll zugleich zur Sicherung des Unternehmensbestands im Handwerk als auch zur Bindung von Fachkräften beitragen.

Gerade in den dünn besiedelten Regionen unseres Bundeslandes sind diese Unternehmen das ‚Rückgrat‘ der Wirtschaft. Existenzgründerinnen und Existenzgründer schaffen nicht nur Arbeitsplätze, sondern führen oftmals auch innovative Produkte und Dienstleistungen ein und tragen so zur Erneuerung unserer regionalen Wirtschaft bei.

Neben dem Zurückdrängen prekärer Arbeitsbedingungen gehört die Frage der sozialen Absicherung bei Krankheit, Insolvenz sowie Altersvorsorge bei Selbständigen verstärkt auf die politische Agenda. Auch Selbstständige brauchen den Schutz durch leistungsfähige soziale Sicherungssysteme. Selbstständige dürfen nicht aus den gesetzlichen Sicherungssystemen ausgeschlossen werden. Sie müssen zu akzeptablen Bedingungen Zugang zu den Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung bekommen.

Das beginnt bei der Absicherung des Selbständigen und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch bei der Absicherung seiner Familienangehörigen. Dafür steht DIE LINKE im Land Brandenburg und fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat weiterhin für eine Stärkung der Handwerker, Freiberufler und Gewerbetreibenden einzusetzen.

Ein bereits im März 2017 auf gemeinsame Initiative der Länder Berlin, Thüringen und Brandenburg im Bundesrat beschlossener Antrag zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Solo-Selbstständigen wurde von der Bundesregierung bisher nicht umgesetzt.“